

FR/so

Bern, den 6. Februar 1981

V E R T R A U L I C HP R O T O K O L L

der Gespräche zwischen Emilio Colombo, Aussenminister Italiens, und Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, vom 5. Februar 1981 in Bern

Beginn der Gespräche: 10h

1. Weltpolitische Lage und Multilaterales

Bundesrat Aubert hebt einleitend traditionelle Freundschaft und die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien hervor.

Aussenminister Colombo: Italien und die Schweiz sind gute Freunde und Nachbarn. Es ist daher bedauerlich, dass wir den Besuch, den Sie im Juli 1978 Aussenminister Forlani abstatteten, so lange nicht erwidern konnten. Gerade im Hinblick auf meine bevorstehende Reise zu Präsident Reagan und Staatssekretär Haig ist es mir nützlich, den Standpunkt der Schweiz kennenzulernen, die ja weder NATO- noch EG-Mitglied ist. Unsere bilateralen Beziehungen sind gut. Wir möchten an dieser Stelle insbesondere für die von der Schweiz geleistete Erdbebenhilfe und für die Tätigkeit von Botschafter Janner in Rom danken. Der für Mai vorgesehene Besuch von Präsident Pertini wird uns wiederum Gelegenheit geben, einen Gedankenaustausch zu pflegen. Wir werden dann einerseits wissen, welche politische Linie die neue amerikanische Regierung verfolgt und andererseits die Ergebnisse des Parteitags der KPdSU kennen.

Ueber die Ost-West-Beziehungen kann man nicht sprechen, ohne auch die Nord-Süd-Beziehungen zu berücksichtigen. Wir müssen uns Gedanken über die Zukunft des Entspannungsprozesses machen, haben doch verschiedene Ereignisse in letzter Zeit dazu geführt, dass sich dieser heute in einer eigentlichen Krise befindet.



- 2 -

Das sowjetische Vorgehen in Afghanistan hat schwerwiegende Auswirkungen, wurde doch die Souveränität und Blockfreiheit eines Landes verletzt und das Prinzip der Nichteinmischung missachtet. Man darf indessen nicht vergessen, dass auch die Ereignisse in Asien (Vietnam und Kambodscha), Afrika (Angola, Äthiopien) und Südjemen das Ost-West-Gleichgewicht störten. Trotzdem hat die Invasion Afghanistans eine präzise Bedeutung und ist von ausserordentlicher Schwere. Vorläufig sind keine Anzeichen erkennbar, wonach der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt werden könnte. Alle bisherigen Initiativen und Bemühungen blieben ergebnislos. Ich hatte selbst zweimal Gelegenheit, mit der sowjetischen Führung über dieses Problem zu sprechen (in Wien mit Gromyko und dann wieder bei meinem Moskau-Besuch im vergangenen November mit Gromyko und Breschnew). Die sowjetische Führung behauptet, die jetzige Lage sei entstanden, weil die USA ihre Positionen vorrückten. Ich habe den Eindruck, dass Moskau auf Zeit spielen will, damit Afghanistan von der internationalen Gemeinschaft allmählich als fait accompli hingenommen wird. Alle Staaten, die dieses fait accompli nicht akzeptieren wollen, müssen daher einen ständigen Druck ausüben und sich dagegen wehren. Wenn wir uns schwach zeigen, gefährden wir das internationale Klima.

Polen stellt neben Afghanistan das zweite schwere Problem in den Ost-West-Beziehungen dar. Mag auch die jüngste Regelung der Fünftageweche zu gewissem Optimismus Anlass geben, die viel gravierendere Frage der Anerkennung einer Bauerngewerkschaft ist weiterhin ungelöst. Die Bauern spielen aber in Polen eine grosse Rolle und sind eng mit der Arbeiterschaft verbunden.

Die italienische Haltung ist praktisch identisch mit der EG-Haltung und setzt sich aus zwei Elementen zusammen: einerseits wollen wir uns in Polen nicht einmischen (und fordern dies auch von allen übrigen Staaten) und andererseits sind wir bereit, Lebensmittel- und Finanzhilfe zu leisten, falls wir um solche angefragt werden. Polen hat uns bereits gebeten, die Rückzahlung unserer bisherigen Kredite bis 1983 einzufrieren und die Gewährung neuer Kredite zu prüfen.

- 3 -

Die NATO-Aussenminister sprachen sich in ihrer Klausursitzung vom 12. Dezember 1980 ebenfalls für Nichteinmischung in Polen aus, verlangten aber auch von der Sowjetunion, sich nicht einzumischen. Sie gaben ausserdem zu erkennen, dass eine sowjetische Intervention der Entspannung einen schwer zu reparierenden Schaden zufügen würde und diskutierten mögliche Vergeltungsmassnahmen für den Fall, dass die Sowjetunion trotzdem eingreifen sollte. Ein eigentlicher Massnahmenkatalog wurde indessen nicht ausgearbeitet, sondern die ständigen Vertreter erhielten den Auftrag, mögliche Massnahmen politischer und wirtschaftlicher (keineswegs aber militärischer) Art zu prüfen.

Italien hat immer wieder betont, dass eine allfällige sowjetische Intervention in Polen die KSZE-Konferenz in Madrid nutzlos machen würde. Madrid ist ein wichtiges Forum, das es bisher erlaubt hat, die Fäden zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen und die Diskussion fortzusetzen. Auch wenn diese Konferenz zu keinen grossen Ergebnissen führt, so ist doch die Tatsache wichtig, dass das Gespräch überhaupt stattfindet. Obwohl der Entspannungsprozess im wesentlichen durch die beiden Nuklearmächte bestimmt wird, müssen auch die europäischen Staaten dazu beitragen, damit dieser Prozess wieder in Bewegung kommt. Ein ehrliches und konstruktives Gespräch ist aber nur möglich, wenn man von einer globalen Entspannung ausgeht.

Italien hat mehrfach betont, dass vertrauensbildende Massnahmen Vorbedingung jeder Abrüstung sind. Allfällige Abrüstungsgespräche müssten zudem das ganze Gebiet vom Atlantik bis zum Ural umfassen. Wir betrachten den kürzlichen Beginn von TNF-Gesprächen zwischen den beiden Supermächten als ermutigendes Element. Italien fand es für richtig, der Stationierung von Cruise Missiles auf seinem Territorium zuzustimmen, um damit ein Gegengewicht zu den SS-20 zu bilden, die in beschleunigtem Tempo aufgestellt werden. Die Sowjetunion ist bekanntlich seit dem Schmidt/Genscher-Besuch in Moskau bereit, unabhängig von der Ratifizierung von SALT-II über das Problem

- 4 -

der Mittelstreckenraketen zu sprechen, falls dabei auch die "Forward Based Systems" miteinbezogen werden. Vorläufig ist noch nicht klar, wie sich die neue amerikanische Regierung gegenüber diesem Problem verhalten wird. Ich gewann bei meinem Moskaubesuch den Eindruck, dass die sowjetische Führung zur Zeit eine vorsichtige Politik des "wait and see" verfolgt und dem Westen keinen bösen Willen vorwirft. Dieser Eindruck wurde mir von anderer Seite bestätigt. Es scheint mir, dass die Sowjetunion bereit ist, Neuverhandlungen über SALT-II aufzunehmen, bei denen es aber lediglich um die rund zwölf vom amerikanischen Kongress bestrittenen Punkte gehen würde. Wie sich das sogenannte "linkage" auf den ganzen Fragenkomplex auswirken wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Die Entwicklung im Nahen Osten hat schwerwiegende globale Auswirkungen. Es besteht die Gefahr, dass die beiden Grossmächte je nach ihren Interessen sich in den endemischen Krieg zwischen Iran und Irak einschalten werden. Wenn es dem Westen gelingt, Lösungsmöglichkeiten für das Verhältnis zwischen Israel und den Arabern zu finden, dann kann dies die Gewichte in der Region verschieben. Die Araber sind sich wohl einig gegen Israel, aber gespalten unter sich.

Schliesslich hat auch die Entwicklung in Mittelamerika, namentlich in Nicaragua und San Salvador, ihren Einfluss auf das Ost-West-Verhältnis. Obwohl auch wir gegen Militärdiktaturen und für gerechte und legitime Volksbewegungen sind, beunruhigt uns der Schatten der kubanischen Präsenz, der sich überall bemerkbar macht und den Lauf der Ereignisse prägt.

Bundesrat Aubert stellt fest, dass sich die italienische Lagebeurteilung mit der schweizerischen weitgehend deckt. Wir wären interessiert, später noch zu hören, was man in Rom über die Entwicklung in Malta und die Sicherheit im Mittelmeer denkt.

- 5 -

Während wir als neutraler Staat zu den internen Problemen Afghanistans keine Stellung nehmen konnten, müssen wir als Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki eine schwere Verletzung des Völkerrechts durch die Sowjetunion feststellen. Der sowjetische Einmarsch verletzt internationale Prinzipien und schafft einen beunruhigenden Präzedenzfall. Da er ausserhalb des eigentlichen sozialistischen Lagers stattfand, ist er nicht mit den Ereignissen von 1956 und 1968 vergleichbar. Er könnte in der Tat Teil einer globalen Kampagne sein, in der die Sowjetunion selbst oder durch Stellvertreter von allen Vakua in der Welt profitiert. Da die zögernde amerikanische Haltung das sowjetische Vordringen begünstigt haben mag, wird die Haltung Reagans für die weitere Entwicklung entscheidend sein. Wir sind der Auffassung, dass das afghanische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden muss und dass die westlichen Staaten es dazu in die Lage versetzen sollten. Wir begrüssen daher den Vorschlag Lord Carringtons. Dagegen scheint uns der jüngste französische Vorschlag nicht akzeptabel, denn wenn fremde Staaten das Schicksal Afghanistans bestimmen, kommt es zu einer auferlegten "Neutralisierung" und nicht zu einer Neutralität, wie wir sie verstehen.

Die offensichtliche Verhärtung der Fronten in Polen beunruhigt uns. Das militärische Dispositiv an Polens Grenzen erlaubt immer noch einen Einmarsch in wenigen Tagen. Eine Intervention würde aber der Entspannung und der Madrider KSZE-Konferenz ein sicheres Ende bereiten. In diesem Sinne hat sich auch das Ministerkomitee des Europarates im vergangenen Oktober ausgesprochen. Wir hoffen mit Ihnen, dass dieses interne Problem der Polen auch eine interne Lösung findet. Verschiedene Hilfswerke der Schweiz haben Polen Nahrungsmittelhilfe geleistet, für die der Bund Transportmittel zur Verfügung stellte. Die Finanzknappheit des Bundes und die mangelnden gesetzlichen Grundlagen erlauben uns dagegen vorläufig nicht, eine eigentliche öffentliche Finanzhilfe zu leisten.

- 6 -

Unser Delegationsleiter an der Madriider Konferenz äussert sich in seinem jüngsten Bericht sehr pessimistisch über die Zukunft der KSZE-Konferenz. Er glaubt, dass die Ost-West-Probleme nicht mehr in unserer Generation gelöst werden können. In Sachen Abrüstung herrscht eine vollständige Blockierung zwischen den Vorschlägen des Warschauer Paktes und Frankreichs. Wir treten für den französischen Vorschlag ein und werden daher einen allfälligen Kompromissvorschlag anderer neutraler oder blockfreier Staaten für eine Abrüstungskonferenz nicht unterstützen. Man kann nicht über Abrüstung im sowjetischen Sinn sprechen, bevor das Vertrauen wieder hergestellt ist. Trotz dieser düsteren Aussichten hoffen wir, dass wenigstens das Prinzip des Helsinki-Prozesses gerettet werden kann und dass in Madrid zumindest das Datum für eine neue Begegnung in einigen Jahren festgelegt werden kann. Die Schweiz wird in Madrid auch beim Abschluss der Konferenz nicht auf Aussenministerebene vertreten sein, denn die schweizerische Oeffentlichkeit würde einen solchen Schritt nicht verstehen.

Wir teilen ihre Beurteilung der Lage im Nahen Osten. Wir wären interessiert zu vernehmen, welche Haltung Italien gegenüber der PLO einnimmt, deren Stellung innerhalb des arabischen Lagers am jüngsten islamischen Gipfel in Taif offensichtlich gestärkt wurde. Was ist sodann von Libyen zu halten, das an der Konferenz von Taif ja nicht teilgenommen hat? Steckt hinter Ghaddaffi der direkte Einfluss Moskaus, wie dies gewisse arabische Aussenminister behaupten?

Aussenminister Colombo: Mit Malta haben wir ein Abkommen abgeschlossen, in welchem wir seine Neutralität garantieren. Unsere Garantie ist wirtschaftlicher und militärischer Art: Erstere umfasst finanzielle Unterstützung und wird von Dom Mintoff natürlich besonders geschätzt. Die militärische Garantie ist hingegen nicht automatisch. Italien wird zuerst prüfen, ob alle übrigen Wege ausgeschöpft sind und ob internationale Konsultationen stattgefunden haben, bevor es sich zu allfälligen militärischen Massnahmen entschliesst. Malta führte ursprüng-

- 7 -

lich Verhandlungen mit Libyen, Algerien, Frankreich und Italien, gab diese dann aber vorübergehend auf, nachdem Libyen ihm zu Vorzugspreisen Oel lieferte. Im Zusammenhang mit den Erdölbohrungen im Mittelmeer kam es dann bekanntlich zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Libyen und Malta. Italien wurde von den EG dazu ermuntert, die Neutralität Maltas zu garantieren. Die parlamentarische Prozedur dürfte in Rom ohne Schwierigkeiten über die Bühne gehen. Es wäre aber wünschenswert, wenn zu gegebenem Zeitpunkt auch andere Staaten, namentlich auch die Schweiz, die maltesische Neutralität anerkennen würden. Es ginge dabei keineswegs um Garantien, da diese ja bereits von Italien übernommen wurden. Wir wären indessen froh, wenn sich auch Frankreich, Algerien oder Libyen irgendwie assoziieren würden - unter der Voraussetzung allerdings, dass der jetzt abgeschlossene Vertrag von den übrigen Staaten akzeptiert wird.

Italien ist daran interessiert, die Zusammenarbeit unter den Mittelmeerstaaten zu fördern. Wir haben daher im Rahmen der Madrider KSZE-Konferenz einen Vorschlag eingereicht, der bis Ende 1982 die Einberufung eines Seminars in Venedig vorsieht, an welchem verschiedene Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum behandelt werden könnten.

Den französischen Afghanistanvorschlag werden wir aufmerksam studieren. Alle Vorschläge, die uns irgendwie weiterführen, sind willkommen. Präsident Giscard d'Estaing gab uns bei seinem Besuch in Rom allerdings keine weiteren Präzisierungen zu diesem Vorschlag. Wenn die Vereinigten Staaten auf diese jüngste französische Initiative offenbar positiv reagiert haben, dann geht es vermutlich um einen Akt des "fair play" gegenüber Frankreich. Der Vorschlag scheint auch innerhalb der UNO und an der Blockfreienkonferenz kein besonders gutes Echo gefunden zu haben.

Zur Polenhilfe: Innerhalb der EG bemühen sich die einzelnen Mitgliedsländer, Nahrungsmittelhilfe zu leisten (Italien

- 8 -

z.B. Reis und Oel). Das Versorgungsproblem ist für Polen sehr wichtig und könnte die ganze weitere Entwicklung beeinflussen. Die Finanzhilfe wird in Paris koordiniert aber ebenfalls bilateral geleistet.

Wir teilen ihren Pessimismus bezüglich den Aussichten der KSZE und verfolgen mit ihnen das Ziel, den Prozess schlimmstenfalls nicht zu blockieren und wenigstens die Möglichkeit für spätere Verhandlung offenzulassen, beispielsweise, indem ein Datum für eine neue Runde festgelegt wird.

Italiens Haltung gegenüber der PLO entspricht der EG-Erklärung von Venedig. Auch wenn Aussenminister Malfatti im Oktober 1979 Kaddoumi im Aussenministerium empfangen hat, bedeutet dies noch keine offizielle Anerkennung der PLO durch Italien. Wir dürfen nicht übersehen, dass alle Länder, die so tun als wären sie gegenüber der PLO "jungfräulich", trotzdem irgendwelche Beziehungen mit ihr haben. Innerhalb der PLO gibt es bekanntlich verschiedene Richtungen. Arafat hat kürzlich die PLO als eine Bewegung bezeichnet, die sich in einer schwierigen Lage befindet und sich daher an denjenigen wendet, der bereit ist, ihr Hilfe zu gewähren. Vor 14 Tagen hat er übrigens eine andere interessante Erklärung abgegeben, indem er erklärte, er würde eine allfällige Garantie der UNO oder der USA begrüßen, welche die Koexistenz eines Palästinenserstaates mit Israel garantiert. Diese Aussage kann man entweder beschränkt interpretieren und darin die Bereitschaft zu Verhandlungen über konstruktivere Beziehungen zu Israel erkennen, oder aber darin eine implizite Anerkennung Israels durch die PLO erblicken. Selbst wenn dem nicht so wäre, so könnte man auf dieser zweiten Interpretation aufbauen, um auf eine solche implizite Anerkennung von Seiten der PLO hinzuwirken. - Bei meinem kürzlichen Besuch in Aegypten konnte ich feststellen, dass dort Camp David zwar immer noch als zentrales Element für eine Lösung des Nahost-Problems gilt, dass sich dieser Prozess aber infolge der Erklärung von Venedig irgendwie ausweiten könnte.

- 9 -

Zum Thema Libyen - Tschad wäre es interessanter, die Ägypter zu vernehmen, die in dieser Sache eine ausserordentlich harte Haltung einnehmen. Unsere Stellung gegenüber Libyen wird nicht so sehr durch die Erdöllieferungen bestimmt, als durch die Präsenz von 22'000 Italienern in Libyen. Wir haben dem libyschen Aussenminister bei seinem Besuch in Rom (kurz nach dem Zwischenfall von Gafsa) unsere Meinung klar dargelegt. Im übrigen wird Italien seine politischen Interessen nicht den wirtschaftlichen unterwerfen. Die Lage im Tschad beunruhigt uns ebenso wie Frankreich und die gemässigten afrikanischen Staaten.

Nachdem die Geiselaffäre nun abgeschlossen ist, würden wir gerne Ihre Ansichten über die weitere Entwicklung der inneren Lage im Iran kennen und vernehmen, wie es um Ihre Beziehungen zu Iran steht. Dies interessiert uns nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen, denn der Iran hat auch in Italien blockierte Guthaben, und wir haben seinerzeit viele Verträge mit dem Schah-Regime abgeschlossen.

Bundesrat Aubert schildert die Umstände, unter denen die Schweiz nach der Geiselnahme in Teheran die Vertretung der amerikanischen Interessen im Iran übernahm und erinnert daran, dass Staatssekretär Probst als damaliger Botschafter in Washington einer der Hauptakteure im Dreieck Washington - Bern - Teheran war. Aus inneriranischen Gründen war den schweizerischen Vermittlungsversuchen (wie auch den Bemühungen der BRD) kein Erfolg beschieden. Erst nach der Machtverschiebung zugunsten der Geistlichen gelang es dann Algerien, das schon 1975 zwischen Iran und Irak vermittelt hatte, die Freilassung der Geiseln auszuhandeln. Im Ergebnis nützt die Befreiung wohl den Geistlichen, hinter denen linke Kreise stehen und die einen immer heftigeren Kampf gegen die gemässigten Elemente um Präsident Bani Sadr führen. Die öffentliche Meinung im Iran scheint sich aber allmählich über fortschreitende Verstaatlichung des Landes zu beunruhigen, und die offensichtliche Bevorzugung der Pasadaran (Revolutionswächter) schafft innerhalb der Armee zunehmenden Unwillen.

- 10 -

Staatssekretär Probst: Unsere Neutralität und unsere besondere Rolle als Schutzmacht haben es uns nicht erlaubt, ein Embargo gegenüber Iran zu verhängen. Trotzdem haben wir unsere Industrie ermahnt, sich auf den "courant normal" zu beschränken. Das von Algerien ausgehandelte Geisellarrangement ist sehr kompliziert und wird zur Zeit bei uns noch studiert. Während die Probleme der grossen Banken sich zu arrangieren scheinen, ist nicht sicher, ob auch die Privatunternehmen alle befriedigt werden können.

Bundesrat Aubert: Ueber das Schah-Vermögen werden nicht der Bundesrat, sondern die Gerichte entscheiden. Irans Anwälte in der Schweiz haben die Einleitung der entsprechenden kantonalen Verfahren erwirkt.

Staatssekretär Probst: Im Iran herrscht wachsende Missstimmung angesichts des Verlaufs des Kriegs mit dem Irak. Die Situation hat sich keineswegs stabilisiert. Die neue amerikanische Regierung hat uns soeben bestätigt, dass wir das Mandat als Schutzmacht der Vereinigten Staaten im Iran fortsetzen sollen.

\* \* \*

Die Gespräche werden um 12h 30 abgebrochen und um 15h 30 fortgesetzt.

\* \* \*

Botschafter Sommaruga äussert sich zum Stand der europäischen Integration (vergleiche Beilage 1).

Aussenminister Colombo: Im Gegensatz zu Ihnen befriedigt uns die Entwicklung der EG nicht vollständig. Aus politischen Gründen erscheint uns der Beitritt Griechenlands und später Spaniens und Portugals positiv, trägt er doch zur demokratischen Festi-

- 11 -

gung vor allem der beiden letzteren Länder bei. Würde Italien seine wirtschaftlich-egoistischen Interessen berücksichtigen, so müsste es einem Beitritt Griechenlands und Portugals allerdings Schwierigkeiten bereiten, hat doch die Gemeinschaft bis jetzt noch keine befriedigende Landwirtschaftspolitik gefunden. Bei Spanien geht es zudem auch um industrielle Probleme. Wir halten es trotzdem für unsere politische Pflicht, für die EG-Erweiterung einzutreten. - Bei der wirtschaftlichen Integration gibt es unweigerlich gewisse Probleme, die wir meistern müssen. Die 10 Länder können nicht voneinander scheiden, selbst wenn sie es möchten. Wir teilen ihre Ansichten über die politische Zusammenarbeit. Hat diese 1972 die Nationalisten noch gestört, so haben wir uns heute daran gewöhnt, miteinander über Fragen der Aussenpolitik zu diskutieren, ohne daraus eine Grundsatzfrage zu machen. Das europäische Währungssystem stellt eine positive Errungenschaft dar und bringt eine gewisse Stabilität. Obwohl es flexibel ist, kann es aber auf die Länge nicht bestehen, wenn unter denn Mitgliedstaaten keine wirtschaftliche Koordination besteht. Die EG sollten neben der Gemeinschaftspolitik im eigenen Raum auch eine gemeinsame Politik gegenüber dem amerikanischen Dollar verfolgen. - Italien ist froh, dass die Schweiz mit den EG enge Beziehungen pflegt. Wir haben immer Verständnis gehabt für die Gründe, welche die Schweiz an einem Beitritt hinderten und sind einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur EFTA durchaus zugänglich.

Das erwähnte Problem der Lizenzen kenne ich persönlich nicht.

Zum Problem der Grenzabfertigungsstellen kann ich ebenfalls nicht Stellung nehmen. Die beiden aide-mémoire werden aber von der Verwaltung studiert werden, und was das Aussenministerium anbelangt, so werden wir uns bemühen, den schweizerischen Wünschen nachzukommen.

Botschaftsrat Morrone: Wir kennen die Bedeutung, welche die Schweiz den von Herrn Sommaruga aufgeworfenen Problemen der Verbesserung

der Ursprungsregeln und der mengenmässigen Handelsbeschränkungen zumisst. Da auch Oesterreich vor einigen Monaten bei uns in gleicher Sache vorstellig wurde und wir mit allen Nachbarstaaten derartige Probleme haben, werden wir die ganze Angelegenheit in Brüssel zur Sprache bringen. Wir sind uns durchaus bewusst, dass wir uns gegenüber der Schweiz und andern Ländern in dieser Hinsicht in einer unbequemen Lage befinden. Ich erinnere aber daran, dass an der kürzlichen Begegnung der beiden Oberzolldirektoren in Rom verschiedene Einigungen erzielt werden konnten, namentlich über die Wiedereröffnung von Chiasso - Strada für die Zollabfertigung von Stahlwaren.

Aussenminister Colombo: Die Ursprungsregeln werden gegenwärtig von der EG überprüft. Wir hoffen, dass eine Lösung gefunden werden kann, denn auch wir sind der Auffassung, dass man die internationale Arbeitsteilung begünstigen sollte.

Botschaftsrat Morrone: Wir würden es begrüßen, wenn die schweizerischen Bestimmungen über die Abgase irgendwie gemildert werden könnten.

Botschafter Sommaruga: Sind es nach Ihrer Ansicht eher wirtschaftlich-monetäre Probleme oder Probleme institutioneller Art, welche die Verwirklichung der vom Bremer Gipfel vorgesehenen zweiten Phase des europäischen Währungssystems bremsen?

Aussenminister Colombo: Es sind in der Tat Gründe wirtschaftlich-monetärer Natur, welche bisher den Uebergang zur zweiten Phase verhindert haben.

Botschafter Sommaruga: Wir danken für Ihre Bereitschaft, uns bei der Lösung der verschiedenen kleinen Probleme zu unterstützen. Was die Frage der Abgasregelung anbelangt, so werden wir Ihnen den vom Bundesrat gutgeheissenen Verordnungsentwurf vorlegen und sogar in Brüssel notifizieren (obwohl wir dazu nicht verpflichtet sind).

## 2. Resoconto sulle discussioni dedicate ai problemi bilaterali

### 2.1 Problemi inerenti all'emigrazione italiana in Svizzera

Il Dir. Bonny, considerando l'elevato numero di lavoratori italiani in Svizzera, ricorda l'importanza di tutte le questioni che concernono l'emigrazione dei lavoratori italiani in Svizzera. Rammenta lo svolgimento e l'esito della sesta riunione della Commissione mista italo-svizzera istituita dall'Accordo del 10 agosto 1964, riunione svoltasi a Berna dall'11 al 20 febbraio 1980. L'incontro, in un clima molto amichevole, ha consentito l'allestimento di un processo verbale di più di 50 pagine e 27 punti. Problema centrale del negoziato è stata la questione del bilancio dei progressi realizzati dal 1964. Da parte svizzera, l'accento è stato messo sui progressi fatti, da parte italiana invece si è insistito su quanto non attuato.

Cita il punto 26 del processo verbale della sesta riunione della Commissione mista:

"Les deux Délégations décident d'instituer un groupe de travail qui sera chargé de mener un examen approfondi des différents points figurant dans l'Accord de 1964 et dans les déclarations et protocoles annexés, ainsi que de procéder au bilan de l'ensemble des engagements et décisions pris au sein de la Commission mixte lors de ses différents réunions, en vue d'une éventuelle révision de l'Accord."

Rievoca che il gruppo di lavoro summenzionato si è già riunito due volte e che sono previste ancora tre riunioni prima di fare rapporto alla Commissione mista.

Riferendosi alla questione di un'eventuale revisione dell'Accordo del 1964, insiste sul fatto che in Svizzera sul piano psicologico e politico tale operazione si presenta molto delicata. In proposito, ricorda i dibattiti appassionati nel Parlamento svizzero per giungere all'accordo in parola.

Reputa che per un'eventuale revisione sarà necessario svolgere un lavoro di preparazione approfondito e impeccabile. Per questo sottolinea l'importanza del lavoro preliminare svolto dal gruppo di lavoro e apprezza la discrezione mantenuta verso l'esterno in quanto facilita i lavori ed è di buon auspicio per giungere ad una soluzione del problema nei prossimi anni.

Riferendosi alla visita che l'on. Colombo farà alla collettività italiana a Zurigo, in giornata del 6 febbraio, dice di essere consapevole del fatto che il Ministro si troverà confrontato, da parte degli emigrati italiani, con l'eterno problema della sicurezza del loro posto di lavoro, evidentemente dipendente, in gran parte, dall'evoluzione congiunturale e tecnologica. In merito a tale problema, tiene a sottolineare come siano a buon punto i lavori per l'entrata in vigore della nuova legge sull'assicurazione contro la disoccupazione. La Commissione del Consiglio nazionale li terminerà nell'aprile del 1981. La legge costituisce un gran passo avanti soprattutto per le misure preventive che si suddividono in due categorie:

- l'introduzione di corsi di riciclaggio
- la promozione di una mobilità geografica nell'ambito della Svizzera, là dove c'è disponibilità di lavoro.

Il progetto di legge prevede eguaglianza di diritti per tutti i lavoratori, siano essi svizzeri o stranieri.

Il Min. Migliuolo osserva che negli ultimi anni, attraverso vari negoziati, sono stati eliminati una serie di problemi tra Italia e Svizzera che, considerati singolarmente, non assumevano gravità rilevante ma, sommati, essi rappresentavano un contenzioso importante ulteriormente appesantito dalla recessione e dall'ondata di rimpatri.

Ricorda i progressi realizzati con:

- l'accordo bilaterale sulla retrocessione finanziaria in materia di assicurazione contro la disoccupazione dei lavoratori frontalieri;
- il processo verbale della sesta riunione della Commissione mista;
- la firma del secondo accordo aggiuntivo all'accordo bilaterale di sicurezza sociale del 14 dicembre 1962;
- infine, le numerose riunioni delle Commissioni miste dei vari settori (scolastica, formazione professionale)

e rende omaggio ai direttori Bonny, Solari e Schuler per aver reso possibile delle soluzioni di compromesso.

Chiede se, raggiunti questi obiettivi, si possa riposare sugli allori.

La risposta è negativa. Inevitabilmente, la presenza in Svizzera di 500'000 connazionali, oltre a 70'000 tra frontalieri e stagionali, crea problemi di carattere individuale e collettivo.

a) problemi individuali:

- menziona (senza entrare nei dettagli) il caso Marsala;
- rammenta che tra le 7'000 persone accolte in Svizzera con generosità e tempestività dopo il terremoto di novembre scorso c'è grande speranza affinché la scadenza del 15 maggio 1981 non sia definitiva. In

quest'ambito, si appella allo spirito umanitario della Svizzera per risolvere quei casi che si presentassero a livello individuale.

b) problemi collettivi:

- osserva che la nuova legge sugli stranieri e l'esito della votazione sull'iniziativa "Essere solidali" costituiscono problemi interni svizzeri nei confronti dei quali l'Italia non pretende interferire. Aggiunge però che, secondo l'evoluzione di entrambi i problemi, i riflessi per l'Italia saranno importanti;
- rammenta la serie di richieste da parte italiana, fissate nel processo verbale della sesta riunione della Commissione mista;
- cita, in particolare, i problemi della seconda generazione (educazione, formazione professionale), nonché una più generale partecipazione dei lavoratori italiani in Svizzera alla vita culturale e sociale a livello municipale e cantonale.

CF Aubert: interrompe per dire che nel suo Cantone (NE) quest'ultimo postulato è stato raggiunto.

Il Min. Migliuolo prosegue ricordando il problema dell'accordo del 1964. Rileva come le divergenze di valutazione da parte svizzera e italiana sugli impegni presi con il processo verbale della riunione della Commissione mista nel 1972 scaturiscano dall'apprezzamento in merito ai progressi realizzati sull'omogeneità del mercato del lavoro e sulla parità di trattamento tra cittadini svizzeri e lavoratori italiani immigrati.

- 17 -

Il fatto che in Svizzera si sia riusciti, grazie alla recessione, a stabilizzare il mercato del lavoro avrebbe dovuto permetterne anche l'omogeneizzazione.

Ringrazia il Dir. Bonny per aver dato atto della discrezione con cui si svolgono fino adesso le discussioni del gruppo di lavoro. E' altrettanto convinto che tale gruppo rappresenta uno strumento efficace per affrontare il problema dell'accordo del 1964, ormai superato nello spirito e nei fatti poiché i tempi dell'emigrazione massiccia dall'Italia verso la Svizzera sono passati.

Ricorda che grazie al Trattato di domicilio e consolare del 1868 gli svizzeri in Italia godono di un trattamento di favore, non riconosciuto verso gli italiani in Svizzera. Trattasi di una disparità che non può non essere menzionata in sede politica.

Si dice certo che un nuovo accordo sull'assicurazione contro la disoccupazione per i frontalieri non porrà grosse difficoltà. Auspica però uno spirito costruttivo da parte svizzera anche per la soluzione di tutti gli altri problemi.

L'on. Colombo insiste sull'importanza, rilevandone anche l'aspetto politico, dei problemi sollevati dal min. Migliuolo. Aggiunge le considerazioni seguenti che valgono anche per l'Italia.

Gli emigrati, come del resto tutti, dove vivono amano anche partecipare. Aspirano quindi, nel Paese che li ospita, ad un'integrazione piena che

li veda partecipi alle elezioni comunali, alla vita economica e a quella culturale. Se l'obiettivo è quindi quello di rendere gli emigrati più partecipi nel Paese dove vivono, è altrettanto importante cercare di mantenere viva la loro identità culturale. Di qui l'importanza, per citare solo un settore, del problema scolastico.

L'on. Colombo precisa di non desiderare risposte ai problemi da lui testè sollevati in quanto si rende ben conto della loro complessità. Suo intento era solo quello di porli sul tappeto.

CF Aubert: concorda nel ritenere positivi gli incontri del gruppo di lavoro. Bisognerà ora attendere che quest'ultimo esaurisca il compito assegnatogli dalla Commissione mista. Per quanto riguarda la nuova legge sugli stranieri, occorrerà innanzitutto aspettare le decisioni del Parlamento.

Il Dir. Bonny riferendosi all'intervento del min. Migliuolo si dichiara vicino a tante sue posizioni. Se da parte svizzera la buona volontà non manca, bisogna tuttavia dar prova di realismo e certe volte usare purtroppo più il cervello che il cuore. Assicura che anche la politica seguita dalla Svizzera sul piano interno converge, per motivi sociali, verso un'omogeneizzazione del mercato del lavoro. Anche se la nuova legge sugli stranieri non dovesse tener conto di tutte le richieste e aspettative da parte italiana, potranno sempre essere trovate soluzioni di comune accordo.

Riferendosi al problema della partecipazione, ricorda come se ne discusse già due settimane fa, in occasione della visita a Berna del sottosegretario agli esteri per l'emigrazione, on. Libero Della Briotta.

L'atteggiamento da parte svizzera, se si resta su un piano generale - e qui Bonny cita ad esempio il settore culturale - è sempre stato positivo. Il problema diventa delicato quando da parte italiana viene avanzata la richiesta di partecipazione ai diritti politici. Il nostro è uno Stato federativo e per questo fatto il potere centrale ha dei limiti. Ai cantoni e comuni non possono essere imposte certe soluzioni. Si tratta di una realtà che va considerata e, pertanto, proprio perché tra amici, è meglio essere chiari: da parte svizzera in proposito non possono essere fatte promesse.

L'on. Colombo ringrazia Bonny per il suo intervento.

CF Aubert dà la parola al Dir. Solari: quest'ultimo osserva che riguardo ai problemi relativi alla presenza dei lavoratori italiani in Svizzera, ci troviamo in una fase positiva e si dichiara convinto dell'utilità delle discussioni nel gruppo di lavoro istituito dalla Commissione mista.

La nuova legge sugli stranieri è già stata esaminata sia dal Consiglio degli Stati sia dal Consiglio nazionale, ed ora si trova in procedura d'eliminazione delle divergenze. Il Consiglio nazionale si è dimostrato più progressista del Consiglio degli Stati modificando le conclusioni

di quest'ultimo sui seguenti punti:

- per gli stagionali: - il periodo necessario per la trasformazione del permesso in annuale è stato ridotto da 35 mesi a 28 in quattro anni;
- il concetto stesso dello stagionale è stato definito secondo il progetto del Consiglio federale;
- il ricongiungimento delle famiglie è stato anticipato da 12 a 6 mesi;
- il rilascio del permesso di domicilio è stato previsto già dopo 5 anni invece di 10.

La Commissione del Consiglio degli Stati ha esaminato le divergenze.

Su due punti ha seguito le proposte del Consiglio nazionale:

- la definizione del concetto dello stagionale e
- la diminuzione, per il ricongiungimento delle famiglie, da 12 a 6 mesi.

La stessa Commissione è invece rimasta irremovibile per quanto riguarda i 10 anni necessari per il permesso di domicilio e per la trasformazione del permesso stagionale in annuale.

Se il Parlamento dovesse mantenere il surriferito termine di 10 anni, non sarebbe comunque pregiudicata la possibilità di conclusione di un accordo bilaterale con l'Italia.

Con riferimento alla votazione del 5 aprile 1981 sull'iniziativa "Essere solidali", osserva che quest'ultima prevede l'abolizione dello statuto dello stagionale e la parificazione dei lavoratori stranieri ai cittadini svizzeri, con il rilascio del primo permesso.

Tuttavia dubita che il popolo svizzero abbia ad accettare tale iniziativa per cui necessita la doppia maggioranza di popolo e Cantoni.

Ricorda che comunque vada lo scrutinio, per l'85 per cento degli italiani in Svizzera la nuova legge sugli stranieri non ha conseguenze. Infatti, su 420'000 persone, 375'000 sono già al beneficio di un permesso di domicilio che li parifica ai cittadini svizzeri. Solo 45'000 di essi hanno un permesso di dimora che deve essere rinnovato. Il 50 per cento di essi è tuttavia in Svizzera da più di 5 anni e può pertanto ottenere il rinnovo dell'autorizzazione.

Condivide l'importanza attribuita dall'on. Colombo al fattore integrazione, dicendosi convinto della necessità di quest'ultima. A riprova della buona volontà da parte svizzera, onde favorire il processo di una maggiore integrazione, rammenta che la nuova Commissione federale consultiva per il problema degli stranieri comprende anche rappresentanti dei lavoratori italiani in Svizzera. Il processo d'integrazione iniziato, indispensabile per una convivenza serena e armoniosa tra due generazioni, deve continuare (per esempio con l'aumento di comunità di lavoro).

Con riferimento ai 7'000 terremotati, ricorda che le misure del Consiglio federale sono state prese per consentire loro di trascorrere l'inverno in Svizzera. Assicura che riferirà al suo Capo dipartimento in merito ai problemi inerenti alla scadenza del 31 maggio 1981. L'ultima decisione spetterà al Consiglio federale.

CF Aubert comunica che la Commissione del Consiglio nazionale ha approvato giorni fa il secondo accordo aggiuntivo all'accordo bilaterale di sicurezza sociale del 1962. Dà la parola al signor Baechtold.

Baechtold: sottolinea l'importanza del secondo accordo aggiuntivo nelle relazioni tra Svizzera e Italia in materia di sicurezza sociale. Il Consiglio nazionale si pronuncerà a marzo e quello degli Stati a giugno.

Il Min. Migliuolo sottolinea l'importanza per l'Italia della eventuale ratifica della Carta sociale europea, nonché dello "Statuto" europeo del lavoratore migrante, da parte della Svizzera.

## 2.2 Valichi stradali e ferroviari italo-svizzeri

L'Amb. Diez, per mancanza di tempo, si limita solo a menzionare i vari problemi inerenti ai valichi stradali e ferroviari, riservandosi però di discuterne all'Ambasciata d'Italia dopo la cena offerta dall'on.

./ . Colombo. Sulle sue conversazioni vedasi l'appunto annesso come allegato 2 al presente resoconto.

## 2.3 Varia

### 2.3.1 Compagnia marittima Keller Shipping, Basilea

L'Amb. Diez ricorda il caso della compagnia marittima Keller Shipping, Basilea. Rileva l'importanza che da parte svizzera si attribuisce ad un'equipartizione, alla quale venga associata la Keller Shipping, del traffico marittimo tra l'Italia e i paesi dell'Africa Occidentale e ciò per mantenere una flotta svizzera che possa, in caso di situazione di emergenza, garantire l'approvvigionamento della Confederazione. Rimette all'on. Colombo un pro memoria.

L'on. Colombo assicura l'interessamento da parte delle competenti autorità italiane.

### 2.3.2 Protocolli addizionali alle Convenzioni di Ginevra

L'Amb. Pometta rileva l'importanza dei due Protocolli addizionali alle Convenzioni di Ginevra del 1949 atti a rinforzare notevolmente la protezione delle vittime di conflitti armati e ne auspica la ratifica da parte dell'Italia. Rimette all'on. Colombo un pro memoria.

L'on. Colombo prende atto e farà esaminare il problema.

Fine delle conversazioni: ore 17<sup>05</sup>

Allegato 1

Intervento dell'Ambasciatore C. Sommaruga  
sull'Integrazione Europea

---

1. In Svizzera seguiamo con interesse l'evoluzione recente della Comunità Europea e ci ralleghiamo dei progressi compiuti nel senso di un approfondimento dell'integrazione, della sua estensione geografica e dell'affermazione della sua consistenza quale Comunità anche nelle relazioni esterne.
- 1.1. L'elezione del Parlamento europeo a suffragio universale diretto ci sembra una tappa importante nella vita istituzionale e democratica della Comunità.
- 1.2. La creazione del Sistema monetario Europeo ha facilitato il ritorno ad una certa stabilità sui mercati valutari e gli effetti benefici sono stati risentiti anche all'esterno della Comunità.
- 1.3. Nel campo delle relazioni internazionali la Comunità non ha soltanto allargato la serie di accordi commerciali di vario genere, ma attraverso l'intensificazione della cooperazione politica, si è assicurata ad una politica estera concertata dei Paesi membri, che le assicura un profilo particolare nelle relazioni internazionali.
- 1.4. Ci ralleghiamo che la Comunità, con l'adesione della Grecia, conti ormai dieci membri. Con la stessa simpatia seguiamo i negoziati che devono portare ad un'estensione ulteriore della Comunità alla Spagna ed al Portogallo, in quanto la dinamica va in direzione di una consolidazione della democrazia e dell'economia di mercato in questi paesi, a beneficio dell'insieme dell'Europa occidentale.
- 1.5. Le difficoltà interne della Comunità ci sono presenti ed anche ben comprensibili. La Svizzera, che si auspica una Comunità coerente e forte, è tuttavia convinta che queste difficoltà saranno sormontate e che la Comunità ne uscirà consolidata.

2. Le ragioni che non permettono alla Svizzera di aderire alla Comunità Europea sono conosciute. Essa è però strettamente legata alla Comunità per la sua situazione geografica, per la sua storia, per la sua cultura e per le molteplici relazioni economiche con gli Stati membri. Per evitare che si creasse una barriera insormontabile tra il Mercato comune ed i Paesi dell'Europa occidentale che non potevano aderirvi, quest'ultimi hanno creato nel 1960 l'AELS (EFTA). Se un tempo l'AELS fu considerata un'alternativa al MEC, la conclusione degli Accordi di libero-scambio del 1972, ha dimostrato la complementarità dell'AELS nel progresso dell'integrazione Europea.
- 2.1. Il sistema europeo di libero-scambio, creato da questi accordi, a cui partecipano oggi 17 Paesi, funziona a soddisfazione degli uni e degli altri e si è dimostrato particolarmente benefico anche in periodo di recessione economica. È ora importante consolidarlo, approfondirne la sostanza ed estenderne la portata geografica.
- 2.2. Il consolidamento del sistema di libero-scambio richiede l'astensione da pratiche amministrative, che ne disturbano il funzionamento, e la riforma di talune regole non sufficientemente flessibili. Vorremmo perciò evitare di sottoporre i prodotti in libero-scambio a sistemi di licenze d'importazione, in quanto la documentazione d'origine ad hoc permette controlli statistici e della provenienza approfonditi. Non Le nascondo, Signor Ministro, che la recente riduzione dei posti italiani di frontiera abilitati a sdoganare i prodotti siderurgici ci creano difficoltà e non ci sembrano conformi allo spirito ed alla lettera degli accordi di libero-scambio. Per la Svizzera questa misura ha creato particolare sorpresa, tenuto conto che siamo largamente deficitari negli scambi bilaterali di prodotti siderurgici con l'Italia e che le nostre modeste forniture sono prodotti semifiniti per l'industria automobilistica italiana.

Per quanto riguarda il vecchio postulato del miglioramento delle regole d'origine, ci permettiamo di rimmetterLe un pro-memoria, augurandoci di poter contare sull'appoggio del Governo italiano alle proposte fatte in questo senso dalla Commissione.

- 2.3. L'approfondimento del libero-scambio è diventato, a nostro avviso, una necessità nel campo preciso delle restrizioni quantitative all'esportazione. Come Lei potrà constatare dal pro-memoria, che ci permettiamo anche questo di consegnarLe, la Svizzera ha proposto alla Comunità di completare gli Accordi del 1972 in questo senso, in quanto il processo di specializzazione, reso possibile dalla divisione internazionale del lavoro realizzatosi attraverso il libero-scambio europeo, deve essere stimolato dal libero accesso ai mercati di esportazione, un postulato del resto perfettamente complementare al libero accesso ai mercati di importazione, già realizzato.
- 2.4. Per l'estensione geografica del sistema Europeo di libero-scambio il nostro obiettivo è, come per la Grecia, di procedere anche nel caso della Spagna ad un'integrazione armoniosa nel sistema. La Svizzera, come gli altri paesi dell'AELS, è pronta a prendere su di sé la sua parte di "burden sharing", purché il trattamento dei suoi prodotti in libero-scambio sul mercato spagnolo sia lo stesso di quello riservato ai prodotti comunitari. L'accordo interimistico di libero-scambio concluso dai Paesi dell'AELS con la Spagna nel 1979 ha appunto lo scopo di facilitare l'integrazione di questo paese nel sistema. Il Portogallo è già parte del sistema, quale membro dell'AELS : si tratterà di mantenere il grado di liberalizzazione già raggiunto.
- Importante è comunque approfondire i contatti informali con la Comunità a tempo, affinché non ci si trovi confrontati a decisioni già prese, che possano compromettere quest'integrazione armoniosa nel sistema.

3. Le relazioni tra la Svizzera e la Comunità non si limitano però al libero-scambio : i progressi della Comunità nella via dell'integrazione ci hanno portato a cooperare in molti altri settori economici concreti : si tratta di liberalizzare taluni settori in accordi ad hoc (particolarmente nel campo dei servizi); si tratta di cooperare nei campi dove appare necessario ed opportuno ripartire gli sforzi ed i mezzi; si tratta di scambiarci regolarmente informazioni sulle politiche autonome che possono creare un divario nell'evoluzione delle nostre legislazioni interne reciproche. Queste relazioni sono in pieno sviluppo, in modo pragmatico e concreto; e sono caratterizzate da realizzazioni positive che ci rallegrano.
4. Mi permetta di concludere ricordando che la Comunità è il primo partner commerciale della Svizzera. La Svizzera d'altra parte è il secondo mercato d'esportazione della Comunità, dopo gli Stati Uniti. Il deficit commerciale della Comunità nei confronti del Giappone è praticamente coperto dall'attivo della Comunità con la Svizzera che ammonta a 15 Mia Fr. per 1980. Mi sembra la prova migliore dell'interdipendenza tra la Comunità e la Svizzera. L'approfondimento dei nostri legami reciproci deve dunque ritenere tutta la nostra attenzione !

\* \* \*

\*

Allegato 2

p.B.15.21.J.(12). - DZ/kg

Bern, den 6. Februar 1981

Notiz an Herrn B. DUBOIS

Bilaterale grenzüberschreitende  
Angelegenheiten mit Italien:  
Besuch von Aussenminister Colombo

---

Für die Behandlung dieser Fragen stand aus Zeitmangel nur soviel Zeit zur Verfügung, dass ich in der offiziellen Sitzung gerade kurz die einzelnen Probleme aufzeigen konnte. Im Einvernehmen mit Bundesrat Aubert und Aussenminister Colombo brachte ich die nachfolgenden Fälle nach dem offiziellen Nachtessen in der italienischen Botschaft mit Herrn Botschafter Walter Gardini, Direttore Generale degli Affari Politici und Botschaftsrat Luigi Morrone, Capo dell'Ufficio II della Direzione Generale Affari Economici, zur Sprache. Ich erläuterte aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Notizen folgende Probleme:

- Passages routiers dans le canton du Tessin
- Transversales ferroviaires Gothard/Splügen; choix du tracé
- Meilleur aménagement de la route du Simplon sur sol italien
- Construction d'une nouvelle gare de triage à Domodossola; état du projet.

Die beiden Herren, die nur relativ vage im Bild waren, zeigten sich doch an der Sache interessiert und schlugen mir die Zustellung von entsprechenden Aide-Mémoires vor. Ich habe inzwischen Herrn Schweizer mit der Redaktion dieser Aide-Mémoires beauftragt. Ich werde diese mit einem Begleitbrief dem italienischen Botschafter, den ich noch am gleichen Abend ins Bild gesetzt habe, zuhanden der obenerwähnten Mitglieder der italienischen Delegation, zustellen.

Eine Kopie dieser Notiz geht an Herrn Botschafter Janner in Rom, (der ebenfalls im Bilde ist) mit der Bitte, die Fälle im Auge zu behalten.

Direktion für Völkerrecht

sig. Diez

aa      la

DEPARTEMENT FEDERAL DES  
AFFAIRES ETRANGERES

p.B.15.21.J.(12) - BRO/FR/zm/kc/so 3003 Berne, le 11 février 1981

CONFIDENTIEL

Procès-verbal des entretiens entre Monsieur Pierre Aubert, Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des affaires étrangères, et Monsieur Emilio Colombo, Ministre italien des affaires étrangères, à Berne, le jeudi 5 février 1981

Le procès-verbal va :

- aux Missions diplomatiques suisses à l'étranger (Rome : 5 ex.)
- au Consulat général de Suisse à Milan
- et à :
- M. le Conseiller fédéral Aubert
- MM. les Ambassadeurs Probst, Secrétaire d'Etat, DFAE  
Jolles, Secrétaire d'Etat, OFAEE, DFEP  
Diez  
Martin  
Sommaruga, OFAEE, DFEP
- Mme l'Ambassadeur Pometta
- MM. les Ambassadeurs Hugentobler  
Brunner  
Monnier  
Kaufmann  
Ritter
- MM. les Ministres Zwahlen, Jaccard, Girard
- MM. Uhl, Renk, Reverdin
- Mme Krieg
- MM. AX/VL/VP/CC/SA
- MM. les Directeurs Bonny, OFIAMT, DFEP (5 ex.)  
Solari, OFE, DFJP (5 ex.)  
Schuler, OFAS, DFI
- M. le Sous-Directeur Baechtold, OFAS, DFI
- M. l'Ambassadeur von Tschärner, OFAEE
- M. le Colonel W. Mark, GEMG, Sct Op, DMF
- Secrétariat général
- Division politique I
- Division politique II
- Division politique III
- Secrétariat politique
- Bureau de l'intégration DFAE/DFEP
- Direction du droit international public
- Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, Division de l'aide humanitaire

DIVISION POLITIQUE I  
p.o.

  
(H. Renk)

Annexe : 1 procès-verbal

DELEGATION SUISSE

M.	Pierre AUBERT	Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des affaires étrangères
M.	Raymond PROBST	Secrétaire d'Etat
M.	Antonino JANNER	Ambassadeur de Suisse en Italie
**	M. Emanuel DIEZ	Ambassadeur, Directeur de la Direction du droit international public
M.	Cornelio SOMMARUGA	Ambassadeur, Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux
	Mme Francesca POMETTA	Ambassadeur, Chef de la Division politique III
*	M. Jean-Pierre RITTER	Ambassadeur, Chef du Secrétariat politique
	M. Othmar UHL	Chef du Service Information et Presse
	M. Hansjörg RENK	Suppléant du Chef de la Division politique I
*	M. Jacques REVERDIN	Suppléant (questions multilatérales) du Chef du Service économique et financier
	Mme Catherine KRIEG	Adjoint diplomatique, Secrétaire du Chef du Département
	M. Paolo BROGINI	Division politique I (procès-verbal partie bilatérale)
	M. Andreas FRIEDRICH	Secrétariat politique (procès-verbal partie multilatérale)

Ont participé à la séance de l'après-midi :

M.	Jean-Pierre BONNY	Directeur de l'OFIAMT, DFEP
M.	Guido SOLARI	Directeur de l'OFE, DFJP
M.	Jean-Daniel BAECHTOLD	Chef de Division, OFAS

DELEGATION ITALIENNE

- S.E. l'On. Emilio COLOMBO, Ministro degli Affari Esteri
- S.E. Rinieri PAULUCCI di Calboli Barone, Ambasciatore d'Italia a Berna
- S.E. l'Ambasciatore Walter GARDINI, Direttore Generale degli Affari Politici
- Ministro Plenipotenziario Giovanni MIGLIUOLO, Direttore Generale dell'Emigrazione e Affari Sociali
- Ministro Plenipotenziario Sergio ROMANO, Direttore Generale della Cooperazione Culturale, Scientifica e Tecnica
- Ministro Plenipotenziario Raniero VANNI d'ARCHIRAFI, Capo di Gabinetto dell'On. Ministro
- \* \* - Ministro Plenipotenziario Emanuele SCAMMACCA del MURGO, Vice Capo del Cerimoniale
- Ministro Plenipotenziario Enzo PERLOT, Capo del Servizio Stampa
- \* \* - Consigliere d'Ambasciata Mario SICA, Ambasciata d'Italia a Berna
- Consigliere d'Ambasciata Luigi MORRONE, Capo dell'Ufficio II della Direzione Generale Affari Economici
- Consigliere di Legazione Vittorio PAOLINI
- \* \* - Consigliere di Legazione Gian Luigi LAJOLO

\* ont participé seulement à la séance du matin

\*\* a participé seulement à la séance de l'après-midi